



bresche info-bulletin

Nr. 4

24.11.1977

E D I T O R I A L

Der im Editorial zum Bresche-Info-Bulletin (BIB) Nr. 1 geforderte "rege kameradschaftliche Disput" ist bis heute nicht zustande gekommen. Woran liegt es? Liegt es daran, dass die Artikel in unserem BIB zuwenig Stoff zum Diskutieren liefern? Oder liegt es daran, dass nach der grossen Debattier-Euphorie der End-60er-/Anfang-70er-Jahre eine gewissen Uebersättigung an Schreibtischgefechten eingetreten ist? Oder liegt es vielmehr an der vielzierten allgemeinen Schreibfaulheit?

Das BIB wird nicht nur unserem unmittelbaren Sympathisantenkreis zugestellt, sondern darüber hinaus allen politisch Interessierten, die sich für die Stärkung der Arbeiterbewegung einsetzen. Gerade aus dem Umfeld der SP erwarteten wir mehr schriftliche Reaktion. Aber leider wurden unsere Kritiken an der SP und ihrer Politik von einigen engagierten SP-Genossen allzu oft als blosser Tritte gegen das Schienbein oder gar als Versuch zur Spaltung der parteilichen Einheit empfunden. Wir sind nicht der Meinung, wie es z.B. das Bundeskomitee des SMUV ist, dass die Stärke der Arbeiterbewegung in leisetreterischer Meinungseintracht begründet ist, sondern vielmehr, dass die Stärke

der Arbeiterbewegung in der demokratisch und offen geführten Diskussion über den bestmöglichen Weg zum gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, liegt. Unser Gegner ist nicht die SP, sondern das Bürgertum. Gerade deshalb ist es nicht unsere Absicht, die SP öffentlich zu drangsalieren, deshalb suchen wir die geistige Auseinandersetzung nicht über den Weg der Flugblätter und Zeitungen, sondern vielmehr über das "familiäre" Hintertürchen des quasi halb-internen BIB.

Um einen ersten - hoffentlich wegweisenden - Stein zum gemeinsamen Disput zu setzen, haben wir für dieses Mal die Initiative selbst ergriffen und sind mit der Bitte um ein Interview an SP-Kantonsrat Martin Lustenberger herangetreten, die er erfreulicherweise nicht ausschlug. Möge dies ein gutes Omen für die Zukunft sein!

H. R.

I N H A L T

- 4 Kurzer Rückblick auf die Casino-Abstimmung
- 5 Interview mit SP-Kantonsrat Martin Lustenberger
- 7 Chamer Kirchenratswahlen: Kleiner Erdrutsch
- 8 Nie mehr einsam - Polizei hört mit !
Kantonale Gesetzesvorlage zum Abhören des Telefons.
- 9 Eidgenössische Abstimmungen vom 3./4. Dezember
- 11 Le charme discret de la bourgeoisie zougnoise.
Neues über die alten Lehrerwahlrichtlinien.

BRESCHÉ-INFO-BULLETIN

Das BIB erscheint 4 - 5 mal jährlich. Wer es regelmässig beziehen möchte und noch nicht auf der Abonnentenliste ist, schreibe an

Bresche-Info-Bulletin
Postfach 1155

6301 Zug

Verantwortlicher Redaktor: H. Roth

Kurzer Rückblick auf die Casino-Abstimmung

Mit klarem, aber nicht deklassierendem Mehr bei relativ schwacher Stimmbeteiligung wurde die Casino-Vorlage vom Volk angenommen. Diese Annahme kam nicht überraschend, hatte doch das Bürgertum unter Führung von ZN-Obertrommler Rossi seine Propagandamaschinerie dafür voll auf Touren gebracht. Unsere Schwierigkeit bei der Bekämpfung dieses Projektes lag darin, dass unsere Gegenargumentation auf einer andern Ebene geführt werden musste, als auf derjenigen der Befürworter. Während sich das Bürgertum auf den Glanz des architektonisch beeindruckenden Projektes, sowie auf ein sorgfältig geschürtes "Kulturbewusstsein" stützen konnte, mussten wir unsererseits die Fragen viel grundsätzlicher stellen: Was ist überhaupt Kultur? Welche kulturellen Bedürfnisse werden mit dem Casino-Projekt gedeckt - diejenigen der breiten Bevölkerung oder vornehmlich diejenigen einer kleinen elitären bürgerlichen Minderheit?

Taktisch geschickt hat die Casino-Planungskommission in der späteren Phase der Planung dem Bedarf nach geeigneten Räumlichkeiten für Festveranstaltungen von Vereinen Rechnung getragen. Dass der "kleine Mann von der Strasse" dabei die Bierfeste als "sein Kulturbedürfnis" akzeptiert, ist nicht weiter erstaunlich, wenn man die Schwächen der Schweizer Arbeiterbewegung und damit verbunden auch die Versäumnisse bei der Förderung eines eigenständigen proletarischen Kulturbewusstseins (und natürlich der Arbeiterkunst überhaupt) kennt.

Die schwache Stimmbeteiligung mag ein Indiz für das arbeiterliche Desinteresse sein, kann doch ein Zusammenhang zwischen Bildungsstand (und somit sozialer Zugehörigkeit) und aktiver Meinungsäusserung (Urnengang) in dieser Abstimmung als wahrscheinlich betrachtet werden.

Die SP, welche mit einer speziellen Arbeitsgruppe Casino gute Vorarbeit zum kritischen Studium des Projektes, wie auch interessante Thesen erarbeitet hatte, bewies schlussendlich wieder einmal mehr, wie schnell die eigenen guten Ueberlegungen dem politischen Pragmatismus, um nicht zu sagen Opportunismus, geopfert werden. Obwohl von der in der Resolution vom 30. Juni 1976 gestellten fünf Forderungen (Kulturkoordinator, finanzielle Zuschüsse, Restaurationsüberschüsse für Kultur, Ersatz für das Centro Italiano, öffentliche Verkehrsmittel) höchstens eine befriedigend erfüllt wurde, gelangte man schlussendlich zum überraschenden Gedankensprung, dass das Casino eine "vernünftige Lösung" sei.

Die nach wie vor unbefriedigten kulturellen Bedürfnisse von breiten Volksteilen, speziell der Rentner, Fremdarbeiter und Jugendlichen, zwingen uns, diesen Fragen weiterhin einen Fensterplatz in unserer politischen Arbeit einzuräumen.

Hanspeter Roth

INTERVIEW MIT MARTIN LUSTENBERGER

JL: Du bist seit drei Jahren Kantonsrat. Warum hast Du Dich seinerzeit aufstellen lassen? Was waren Deine Ziele?

ML: Wir waren damals in Baar eine recht aktive Gruppe von jüngeren Leuten, die der Partei durch ihre Arbeit einen gewissen Auftrieb gab. Es war dann innerhalb dieser Gruppe die Frage, wer kann sich zur Verfügung stellen, wer nimmt die zusätzliche Beanspruchung auf sich und vor allem auch, wer wird in nächster Zeit in Baar bleiben. Aus diesem "Selektionsverfahren" heraus sind dann Ueli und ich verblieben, die sich aufstellen liessen.

Für mich war klar, dass wenn wir unsere politischen Ansichten in der Partei zum Tragen bringen wollten und die Partei wiederum in der Bevölkerung ein Echo auslösen sollte, es auch notwendig war, uns an den Wahlen zu beteiligen. Eine generelle Nicht-Beteiligung kam nicht in Frage, und ich finde es eher mühsam, wenn zwischen der Parteibasis und den Behördenmitgliedern ein dauernder Zwiespalt besteht, der viele Kräfte auffrisst, die dann für den gemeinsamen Kampf verloren gehen. Dieses kennen wir ja zur Genüge aus eigener Erfahrung.

Mir ging es zum einen darum, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es andere Standpunkte gibt, zum anderen wollte ich der Partei einen engeren Kontakt mit der Fraktion ermöglichen. Natürlich wollte ich auch soweit wie möglich die Politik der Regierung unter sozialistischen Gesichtspunkten kritisieren und zu verändern suchen.

JL: Welche Bilanz Deiner Tätigkeit als Kantonsrat ziehst Du?

ML: Diese Frage lässt sich nicht klar beantworten, weil die oben genannten Ziele nicht einfach messbar sind, dh meine Tätigkeit hat eher eine langfristige Wirkung. Gefühlsmässig würde ich die kurzfristige Wirkung als bescheiden taxieren, sind doch meines Erachtens nirgends umstrittene Entscheidungen in meinem Sinne verändert worden. Vom Aufwand-Nutzen-Gesichtspunkt aus würde ich die Bilanz als positiv bezeichnen.

JL: Du spielst etwas die Rolle eines linken Aussenseiters, der im Kantonsrat praktisch keine Chancen hat, seine Postulate durchzusetzen. Konzipierst Du Deine Interventionen, um damit die Kantonsräte zu überzeugen oder wendest Du Dich damit prioritär an die Öffentlichkeit?

ML: Ich praktiziere beide Interventionen, je nach dem welche Ziele ich verfolge. ZB bei der Behandlung unserer Initiative für kleinere Schulklassen habe ich sowohl in der Kommission wie auch im Rat versucht Einzelne aus dem geschlossenen Bürgerblock herauszuschlagen, um damit ein relativ günstiges Abstimmungsergebnis zu erzielen, was dann wiederum eine Wirkung auf die Diskussion in der Bevölkerung hätte haben können.

Andererseits war der Vorstoss zum Polizeieinsatz in Gösgen eher ein Vorstoss für die Öffentlichkeit, der mir dann auch die verschiedensten Reaktionen von der Bevölkerung eingetragen hat.

JL: Wir werfen der SP (aber auch der PdA und POCH) unter vielem anderen vor, sie hätte und verbreite die Illusion, es sei möglich auf dem parlamentarischen Weg die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern und zum Sozialismus zu gelangen. Als Alternative schlagen wir eine parlamentarische Tätigkeit vor, die sich prioritär an die Arbeiterschaft richtet und dazu dient, die Werktätigen zu mobilisieren und bewusster zu machen. Also Parlament als Propagandabühne. Was hältst Du von dieser Position?

ML: Diese Position finde ich zum Teil auch richtig, glaube aber zusätzlich, dass nur ein Zusammenspiel beider Positionen zum Erfolg führen wird. Denn die Bewusstmachung der Werktätigen ist ein langwieriger Prozess, der sich direkt auf die parlamentarische Arbeit auswirkt, was wiederum eine Veränderung der Gesetzgrundlagen und der Spielregeln in unserer Gesellschaft bewirken sollte.

JL: Die SP-Kantonsrats-Fraktion hat mit 1:6 Stimmen die RML-Initiative gegen den politischen Einfluss von Verwaltungsräten abgelehnt. Die SP selber hat mit 18:5 die Ja-Parole beschlossen. Das ist ein extremes Beispiel für ein altes Grundübel der SP und anderer Arbeiterparteien: die Parlamentarier stehen rechts ihrer Basis und folgen oft mehr den Parolen der Bürgerlichen als ihrem Parteiprogramm. Was sind die Gründe dieses Übels? Wie kann es Deiner Meinung nach behoben werden?

ML: Das ist einerseits eine Frage des Bewusstseins, andererseits eine Frage des Selbstbewusstseins. Wir Arbeitervertreter können oft nicht auf dem gleichen Wissensstand sein wie die bürgerlichen Politiker (aus finanziellen Gründen). Da dann die nötigen Gegenargumente nicht sogleich zur Hand sind, wird oft die bürgerliche Argumentation übernommen. In dieser Situation hilft dann das Bewusstsein, das davon ausgeht, dass der bürgerliche Politiker das Gegenteil dessen will, was für die arbeitende Bevölkerung gut ist. Das ist ein Notbehelf, der nur bei spontanen Aktionen Gültigkeit haben sollte. Als Regel gilt immer noch, dass unsere Ideen generell zum Wohl des grösseren Teils der Bevölkerung hinzielen und aus diesen Gründen richtig sind.

Behoben wird der in der Frage angetönte Missstand meines Erachtens durch bessere politische Bildung innerhalb der Partei und durch eine geeinigte aktive Basis.

JL: Siehst Du dahinter nicht eine notwendige Folge der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum auf sozialer (Arbeitsfriede) und politischer Ebene (Regierungsbeteiligung)? Zwint diese nicht neben den Exekutiv- auch die Legislativ-Mitglieder in eine Logik der Kollaboration auf

Kosten der Opposition und Konfrontation?

ML: Für mich sind Arbeitsfriede und Regierungsbeteiligung zum vornherein nicht zwingend die Gründe für eine Kollaboration, obwohl ich sie nicht ausschliesse.

Sowohl Arbeitsfriede als auch Regierungsbeteiligung sind meines Erachtens relativ kurzfristige Abmachungen, die wieder aufkündbar sind. Es ist jedoch richtig, dass bei der Regierungsbeteiligung eine gewisse Kollaboration stattgefunden hat, die für mich jedoch nicht ursächlich mit der Regierungsbeteiligung zusammenhängt, vielmehr ist es wiederum eine Frage des Bewusstseins unserer Regierungsmitglieder.

Ich glaube, dass eine konsequente Regierungspolitik auch nur eines Mitgliedes eine starke Auswirkung auf die Bevölkerung haben könnte, und dass es möglich ist auch in der Regierung Konfrontationen auszuüben.

Wir danken Martin für sein Gespräch.

* * * * *

KLEINER ERDRUTSCH

Die jahrzehntealte, staubige Herrschaft von CVP und FdP im Chamer Kirchenrat ist bös ins Rutschen gekommen. Von den grösseren Gemeinden ist Cham im Kanton Zug politisch das schlimmste Pflaster. Noch heute spürt man den katholisch-konservativen Wind, der von Rom her über die Innerschweiz nach Cham hinein weht. Nun, seit den Kirchenratswahlen vom 13. November ist ein neuer Wind hinzugekommen.

Eine Gruppe von Chamer Jugendlichen hat ins abgekartete Spiel der etablierten Staatsparteien eingegriffen. Sie stammen vorwiegend aus Jungwacht und Blauring. Ihre "Liste der Jungen" mit dem Chemielaborant Armin Werder - "Pfindi" - drauf erreichte sensationelle 688 Listenstimmen, das sind mehr als 30%. Davon sind kaum mehr als 200 den jugendlichen Wählern zuzuschreiben, die mit viel Einsatz mobilisiert wurden. Auch viele Erwachsene haben ihrem Misstrauen gegen die erzkonservativen Kirchenverwalter Ausdruck gegeben. Die Chamer Kirchenpolitik hat sich traditionellerweise mehr mit den Fragen von Kirchenschmuck und moralischer Reinhaltung des Pfarreiheims bei Diskotheken befasst, als mit den Problemen der Jugendlichen, mit sozialen Fragen oder mit den Nöten der (übrigens auch katholischen!) Dritten Welt.

Was hat die Jugendlichen dazu bewegt, ins politische Kirchenleben einzugreifen? Ein erster Grund hängt sicher direkt mit der Kinderarbeit zusammen: die kirchlichen Organe waren zwar immer sehr dankbar, wenn sich die Jugendorganisationen einem "guten Zweck" widmen - aber wenn es um finanzielle Unterstützung geht, weht ein ganz anderer Wind, da werden nur Summen in Almosengrösse freigemacht. Ein weiterer Grund zur Verärgerung für die Chamer Jugendlichen bietet die Art und Weise, wie die Herren Kirchenräte mit der JUFO-Disco umgesprungen sind. Aus eigener Erfahrung kenne ich die ständigen Schikanen: Einführung eines Reglements (das sogar Lichtanlagen für Discos verboten hat...), die Hintenansetzung bei den Besetzungsdaten. Dann kam ein generelles Verbot für die JUFO-Disco, das erst kürzlich gelockert wurde. Schliess-

lich, so möchte ich vermuten, herrscht auch ein gewisses allgemeines Unbehagen über die Art, das Christentum zu verwalten, die antisoziale Einstellung, das Loch zwischen gesalbten Worten und fehlenden Taten.

Ja, die Chamer Christdemokraten haben den Jugendlichen wenig anzubieten. Während in alten Zeiten die lokalen CVP-Kader wie Kantonsrat Sidler oder Gemeindepräsident Baumgartner aus der Jungwacht herauskamen, zeigen die jungen Chamer heute wenig Lust, eine Partei zu stärken, die beispielsweise sogar gegen kleinere Schulklassen ist. Die "Liste der Jungen" hat ihre parteipolitische Unabhängigkeit betont, Anzeichen von berechtigten Zweifeln gegen die hergebrachte Vetterliwirtschaft. Es ist ein positives Zeichen, dass die in der Kinderarbeit engagierten Jugendlichen beginnen, ihren Ideen auch politischen Nachdruck zu verleihen.

Doch nun wird es erst interessant. Pfindi und eine weitere Vertreterin der Jugend werden (mindestens...) vier Jahre im Kirchenrat sitzen, unterstützt von ihren Kollegen. Was nun? Mehr Geld für die Kinderarbeit? Jeden Monat Disco? Bessere Benützungsmöglichkeiten fürs Pfarreiheim? Soziale Fragen aufgreifen? Die Institution Kirche ummodellern? Öffentlichkeitsarbeit machen? Nach dem unerwartet grossen Wahlerfolg stellen sich nun die wichtigen Fragen.

Wir sehen klar. Die Chamer Jugendlichen werden jetzt nicht einfach für Sozialismus, Arbeiterpolitik oder gar die Revolution zu fechten beginnen. Wir würden es aber sehr bedauern, wenn die jetzt kräftig begonnene Initiative erlahmen würde; die jugendliche Beteiligung am Kirchenrat sänke dann ab zum Feigenblatt, das nur die Blößen der traditionellen Kirchenpolitik ein bisschen verschönern könnte. Wir hoffen ganz im Gegenteil (ich als ex-Jungwächter natürlich ganz besonders!), dass die Chamer Blauring- und Jungwachtleiter nach diesem ersten Erfolg weiter politisch aktiv bleiben: sozial, jugendlich, demokratisch. Die Haltung dieser Jungen zu den Problemen der Kinder, der Jugendlichen, auch der alten Menschen oder der Dritten Welt zeigt, dass sie nicht mit dem Rücken in die Zukunft gehen. Wir unterschätzen unsere Meinungsverschiedenheiten nicht; das hindert uns nicht, den jungen Chamern für den Weg in die politische Zukunft alles Gute zu wünschen! Wer weiss, vielleicht kreuzen sich die Wege wieder mal.

Urs Meile

* * * * *

Nie mehr einsam - Polizei hört mit !

Kantonsrat Emmenegger (CVP, Cham) hat das Vertrauen zu seinen christlichen Mitzugern verloren. Besser polizeilich mithören, als auf das Gewissen vertrauen, meinte er und forderte im Februar 1976 ein Gesetz, das die Telephonüberwachung regelt. Der Regierungsrat hat nun einen Entwurf veröffentlicht, der glattweg haarsträubend ist und nahtlos ins Handbuch eines Polizeistaates übernommen werden kann. Der Kantonsrat wird nächstens darüber beschliessen, nachher beginnt die Referendumsfrist zu laufen.

Das Gesetz nennt drei Voraussetzungen für eine Ueberwachung. Erstens muss ein Verbrechen von minimaler "Schwere oder Eigenart" vorliegen. Zweitens bestimmte Tatsachen, die auf einen Verdacht hinweisen. Drittens wenn man vermuten muss, dass die Ermittlungen

ohne Ueberwachung wesentlich erschwert würden. Alles schön und recht.

Das schlimme kommt sogleich: Angeordnet wird eine Ueberwachung vom Verhorrichter - kontrolliert einzig vom Präsidenten des Obergerichts. Verlängerung beliebig möglich. Skandalös ist erstens, dass die Abhörerei auf jeden Fall geheimgehalten wird, auch wenn sich ein Verdächtigter als unschuldig erweist. So kann man jeden beliebigen Linken eine Zeitlang abhören, dann die Informationen neutral umschreiben, Akten vernichten - die Oeffentlichkeit erfährt nichts davon! Nicht einmal eine parlamentarische Kontrolle ist vorgesehen...

Nehmen wir ein Beispiel nach Annahme des Gesetzes: In Zug werden linke Plakate mit Kleister geklebt. Das ist ein Vergehen. Nun denkt sich der Oberrichter, vielleicht ist es ein freisinniger mit Bollmann-Einschlag: "Dieses Vergehen ist schwer." Die Polizei meint: "Die RML ist verdächtig". Der Oberrichter kann aufgrund dieser Facts beispielsweise Bruno Bollinger abhören lassen. Brunos Leitung wird angezapft und ein halbes Jahr abgehört. Keine Hinweise auf Vergehen oder Verbrechen. Die Polizei notiert sich die in Telefonen aufgetauchten Namen und Angaben. Die Abhörprotokolle werden vernichtet, man hört mit Abhören auf. Die Behörden haben nichts zu verlieren. Die Oeffentlichkeit erfährt nichts.

Wir sind nicht dagegen, zur Aufklärung von Schwerverbrechen das Abhören zuzulassen. Der vollständige Ausschluss der Oeffentlichkeit im vorliegenden Gesetz zeigt mehr als deutlich, dass nicht Verbrechen im Visier steht, sondern politische Gesinnung. Wir haben schon bei der Verwaltungsratsinitiative darauf hingewiesen: Wo die politischen Argumente versiegen, beginnen die Polizeimethoden. In der CSSR hat die Charta 77 das Telephonabhören auf die Abschlusliste gesetzt. In Zug setzt es die CVP auf die Traktandenliste!

Urs Meile

* * * * *

Eidgenössische Abstimmungen vom 3./4. Dezember 1977

Nebst unserer Initiative "gegen den politischen Einfluss von Verwaltungsräten" werden am 3./4. Dezember weitere wichtige Vorlagen zur Abstimmung kommen. Hier in Kürze unsere Stellungnahmen:

Da die Zivildienst-Initiative vom Parlament derart verwässert wurde (Unterscheidung von politischen und ethisch-religiösen Gründen), können wir dieser nicht zustimmen. Da wir aber nicht gegen einen Zivildienst sind, haben wir beschlossen, bei dieser Vorlage leer einzulegen.

Eine weitere Abstimmung ist die über die politischen Rechte: Die Sammelfrist für die Unterschriften einer Initiative soll auf 18 Monate beschränkt werden (bisher unbefristet). Die Bundeskanzlei soll das Recht haben, den Titel einer Initiative abzuändern. Der Bundesrat soll Abstimmungserläuterungen verfassen und an allen Stimmbürgern verschicken können. Den Gegner der Vorlage oder den Initianten wird aber keine Möglichkeit gegeben, ihren Standpunkt darzulegen. Dazu soll der Abstimmungsmodus mit dem Gegenvorschlag erhalten bleiben.

Gegen diesen Bundesbeschluss hatten im Januar 77 die RML, die POCH, die PDA und andere Linksgruppen das Referendum ergriffen. Nun gilt es Nein zu stimmen, denn nachdem am vergangenen 25. September die Erhöhung der Unterschriftenzahlen angenommen worden ist, würde dies einen noch stärkeren Abbau der politischen Rechte bedeuten. Die Opposition und die Vorstösse, die seit einiger Zeit vor allem von der Linken gemacht werden (40-Std-Woche, diverse Referenden gegen die Finanzpolitik des Bundes), sollen in Zukunft verhindert werden. Initiativen und Referenden sollen das Privileg finanzkräftiger Kreise werden, was uns kürzlich das Referendum gegen die 9. AHV-Revision gezeigt hat: Rechte Kreise, hinter denen mit grosser Wahrscheinlichkeit das "Redressement National" und somit die privaten Versicherungen stehen, haben innert nur sechs Wochen 41'000 Unterschriften gesammelt. Sie könnten es sich leisten, in jeden Haushalt einen Unterschriftenbogen zu senden und müssten so nicht auf die Strasse oder von Türe zu Türe gehen, um die Unterschriften zusammenzubringen.

Auch wenn wir nun davon überzeugt sind, dass Wahlen und Abstimmungen (somit auch Initiativen und Referenden) nicht die wirksamsten Mittel sind, mit denen die Arbeiterschaft ihre Interessen verteidigen kann, so sind dies Rechte, die wir verteidigen müssen. Darum müssen wir diesem Versuch, die politischen Rechte noch mehr abzubauen, entschieden Nein sagen.

Zwei weitere wichtige Abstimmungsvorlagen sind die über das Finanzpaket und die Reichtumssteuer. Wir behandeln diese zwei Vorlagen zusammen, denn nur so erhalten sie ihre volle Bedeutung. Leider können wir an dieser Stelle nicht im Detail auf diese zwei Fragen eingehen. Wir verweisen aber auf die Artikel in der Bresche und auf die RML-Broschüre "Die Schweiz - ein Steuerparadies der Reichen" - alles bei uns erhältlich.

Seit mehr als drei Jahren versucht der Bundesrat, die Bundesfinanzen auf Kosten der Lohnabhängigen zu sanieren. Konjunkturartikel, Erhöhung der Zolltarife, Kürzungen der AHV und der Krankenkassen-Subventionen; an Bundesbeschlüssen, Referenden und Abstimmungen hat es nicht gemangelt.

Zum ersten Mal werden aber am 4. Dezember die Fronten klar sein: Für das Finanzpaket treten alle bürgerlichen Parteien ein, dagegen aber alle linken Parteien. Das Resultat wird also nicht mehr so verschieden interpretierbar sein, wie das Nein zur Mehrwertsteuer am 12. Juni. (Damals waren ja die SP und der Gewerkschaftsbund für die Mehrwertsteuer, hingegen Teile der Freisinnigen und andere reaktionäre Kreise dagegen).

Am 4. Dezember wird es auch möglich sein, das Nein zum Finanzpaket mit einem massiven Ja zur Reichtumssteuer-Initiative der SPS zu verbinden. So kann einmal deutlich gezeigt werden, wo das Geld geholt werden muss: bei denen nämlich, die es haben - bei den Reichen. Denn wenn auch die Reichtumssteuer dem Bund nicht viel Mehreinnahmen bringen wird (nach Schätzungen "nur" 500 Millionen im Jahr), so stellt sie doch eine Alternative zur bürgerlichen Finanzpolitik dar. Die angestrebte Steuerharmonisierung (gleiche Steuern in allen Kantonen) würde zudem noch die "legale" Steuerflucht von einem Kanton in den anderen weitgehend unterbinden.

Ohne die Illusion zu haben oder verbreiten zu wollen, dass mit den Steuern eine "gerechte Verteilung" des Reichtums möglich wäre, müssen wir uns für diesen Kampf einsetzen. Einen Kampf, der nicht

am 4. Dezember aufhören wird, sondern weitergeführt werden muss, vor allem gegen die bürgerliche Steuer- und Sparpolitik. Einen Kampf, der mit denjenigen am Arbeitsplatz zusammen von einer aktiven Arbeiterschaft geführt werden muss. Einen Kampf schliesslich, der die Einheit aller Linken erfordert (was ansatzweise schon für die Abstimmung vom 4. Dezember geschehen ist).

Bruno Bollinger

LE CHARME DISCRET DE LA BOURGEOISIE ZOUGOISE

Man erinnert sich:

Da wollte vor gut einem Jahr der CVP-Spezi Kamer in aller Stille interne Lehrerwahlrichtlinien auf die Beine stellen. Doppelverdienerinnen, Lehrer/innen, die im Konkubinat leben und Lehrer mit einer "antidemokratisch-destruktiven" Haltung gegenüber dem Staat sollten nicht wieder gewählt werden.

Durch einen grossen Zeitungsartikel in der LNN kam das Ganze jedoch ans Licht der Öffentlichkeit und ein Sturm der Entrüstung ergoss sich im schweizer Pressewald und anderswo über Othmar Kamer und seine Stadtratkollegas. Die Zuger Lehrer wiesen die Richtlinien empört zurück und der VPOD entdeckte, dass solches gar nicht in der Kompetenz des Stadtrates liegt, worauf er Beschwerde erhob.

Das Ganze war für die Zuger Stadt"väter" recht peinlich, und so erinnerten sie sich an die alte Taktik, Gras über die Sache wachsen zu lassen. Die Beschwerde wurde flugs schubladisiert - und die Richtlinien klamheimlich bei den nächsten Lehrerwahlen im Frühling dieses Jahres auf die neuen Lehrer angewendet.

Die VPOD-Beschwerde war aber noch hängig und irgendwann einmal musste sie beantwortet werden. Doch mit Bauernschläue gewappnet, bediente man sich eines alten Taschenspielertricks: Die Richtlinien wurden geringfügig geändert - einzelne Passagen etwas vorsichtiger und schwammiger formuliert - und als "neue" Richtlinien präsentiert, womit dann auch die Beschwerde als "gegenstandslos" (!) erklärt wurde. "Faule Zuger Tricks" titelte die VPOD-Zeitung in einem Leitartikel ob solcher plumpen Machenschaften.

Aber der Stadtrat hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der städtische Lehrerverein wies die Neuauflage in einer ausserordentlichen GV postwendend mit Protest zurück. Der VPOD will die Beschwerde weiterziehen, wenn nötig bis vors Bundesgericht.

Im Grossen Gemeinderat vom 8. November wartete der Landesring mit einer polemischen Interpellation auf, die beantwortet werden muss. Wir sind gespannt auf die Antwort. Von der Gemeinderatsfraktion der SP hat man unverständlichlicherweise noch nichts vernommen. Der Vorstand der SP-Stadt-Zug hatte ja die Richtlinien aufs schärfste verurteilt.

Unter den Lehrern scheint das diskret-vermeintlich raffinierte mit falschen Karten spielende Vorgehen des Stadtrates einige Empörung ausgelöst zu haben. Dort ist man sich in der Ablehnung der Richtlinien einig.

Helfen wir ihnen, der Einschüchterung und moralischen Bevormundung durch die Behörden einen Riegel zu schieben. Ueber die Lehrerwahlrichtlinien ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

M. St.